Gesundheitliche Überlastung der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen beenden – psychische Erkrankungen als Folge politischer Fehlsteuerung wirksam bekämpfen

Drucksache **18/18089** · eingebracht 2026-03-11 — Antragsteller: **AFD**

Arbeit | Gesundheit | Bürokratie | Sozialpolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, die psychische Überlastung in der Arbeitswelt durch systematische Bürokratie-Reduzierung, Praxistauglichkeitsprüfungen und Verzicht auf 'ideologische' Regulierungen zu bekämpfen.

KERNFORDERUNGEN

- Diagnose steigender psychischer Erkrankungen als Folge politischer Fehlsteuerung
- Forderung nach umfassendem Bericht über Ursachen und Kosten
- Forderung nach systematischer Überprüfung landespolitischer Regelungen auf Belastungswirkung
- Forderung nach bürokratiearmen, präventiven Maßnahmen

BEWERTUNG

2.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag thematisiert Bürokratieabbau und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, was grundsätzlich mit den GWÖ-Werten Solidarität (B2), Soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (C3) resoniert. Doch er verknüpft psychische Belastung ausschließlich mit 'ideologischer Politik' und 'Überregulierung', ignoriert systemische Ursachen wie Lohnungleichheit, prekäre Beschäftigung oder fehlende Mitbestimmung — und lehnt aktiv sozialstaatliche Intervention ab. Damit widerspricht er fundamental den GWÖ-Kernwerten Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und Soziale Gerechtigkeit (D4), insbesondere durch die Ablehnung von Tariftreue, Mindeststandards und kollektiver Absicherung. Ein Feld (D1) erhält −−, was den Gesamtscore auf 0–2 begrenzt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Diagnose des Bürokratieproblems
- Fokus auf Mittelstand und Handwerk
- Systematische Forderung nach Belastungsprüfung

Schwächen

- Einseitige Schuldzuweisung an 'Politik' statt an Struktur
- Ignoranz gegenüber Machtungleichgewichten am Arbeitsplatz
- Ablehnung kollektiver, solidarischer Lösungen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	+	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	+	·	·
D · BÜRGER:INNEN	--	--	·	-	·
E · GESELLSCHAFT & NATURE	·	·	·	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 **Verantwortung gegenüber Steuerzahler:innen** `Bewertung: +2`

Forderung nach Bürokratieabbau und Praxistauglichkeitsprüfung korrespondiert mit effizientem Ressourceneinsatz

C3 **Politische Führung & Verwaltung** `Bewertung: +1`

Systematische Überprüfung regulatorischer Auswirkungen auf Belastung ist ein Schritt zu transparenter, verantwortlicher Verwaltung

D1 **Menschenwürde im Arbeitsverhältnis** `Bewertung: -5`

Keine Anerkennung struktureller Machtungleichheiten; Verantwortung für psychische Gesundheit wird einseitig auf individuelle 'Resilienz' und staatliche 'Entlastung' verlagert

D2 **Solidarische Arbeitsgestaltung** `Bewertung: -4`

Keine Förderung kollektiver Lösungen (Betriebsräte, Tarifbindung, Mitbestimmung); stattdessen Fokus auf Entlastung einzelner Betriebe ohne soziale Absicherung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: -3`

Ablehnung von Präventionsprogrammen mit 'neuen Berichtspflichten' untergräbt gemeinwohlorientierte, partizipative Gesundheitsförderung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag deckt sich teilweise mit CDUs Fokus auf Bürokratieabbau ('Bürokratiebremse'), Fachkräftesicherung und Wirtschaftsstandortstärkung. Allerdings fehlt der Bezug zu CDUs positivem Verständnis von Arbeitsschutz (Q13) und gesundheitsfördernden Rahmenbedingungen (Q16). Die pauschale Kritik an 'ideologischer Politik' passt nicht zur CDU-Linie, die z.B. Tariftreue zwar ablehnt, aber Sozialpartnerdialog und betrieblichen Gesundheitsschutz stärkt.

> „Wir haben die Arbeitsschutzverwaltung um..."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 27

PARTEIPROGRAMM 6/10

CDU-Grundsatzprogramm betont 'Solidarität gegenüber denjenigen, die arbeiten' (Q18) und 'gesunde Lebensbedingungen' (Q16), aber auch Eigenverantwortung und Leistungsprinzip. Der Antrag vernachlässigt die solidarische Dimension und reduziert Gesundheit auf administrative Entlastung — kein vollständiger Widerspruch, aber unvollständige Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Positionen: Er lehnt gesetzliche Tariftreue (Q2), Landesmindestlohn (Q2) und aktive Industriepolitik ab und entlastet statt reguliert. Die SPD sieht psychische Belastung als Folge von Prekarisierung, nicht von 'Ideologie'. Keine Übereinstimmung mit dem Anspruch auf 'gute Arbeit' (Q2) oder 'soziale Gerechtigkeit'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Das Hamburger Programm verankert 'Gerechtigkeit' und 'Solidarität' als Grundwerte und fordert einen 'vorsorgenden Sozialstaat' (Q2). Der Antrag lehnt staatliche Vorsorge und kollektive Absicherung ab — fundamentaler Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag lehnt explizit 'ideologisch motivierte Regulierungen' ab — eine direkte Attacke gegen Grüne Kernziele wie Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit und Gemeinwohlökonomie (Q22, Q23). Er ignoriert Grünes Verständnis von Gesundheit als Ergebnis sozialer und ökologischer Bedingungen (Q27) und lehnt präventive, gemeinwohlorientierte Programme ab.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Das Grundsatzprogramm verankert 'sozial-ökologische Transformation' (Q28) und 'gesundheitsfördernde Lebenswelten' (Q27) als zentrale Aufgaben. Der Antrag reduziert Gesundheit auf Verwaltungsvereinfachung und lehnt jede transformative Politik ab — vollständiger Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

8/10

Der Antrag entspricht weitgehend FDP-Prioritäten: 'Radikal entrümpeln' (Q3), Bürokratieabbau (Q7, Q8), Technologieoffenheit statt Verbote, und Skepsis gegenüber 'ideologischen' Vorgaben. Die Forderung nach Praxistauglichkeitsprüfung spiegelt FDPs Fokus auf 'Marktentscheidung' und 'Eigenverantwortung' wider.

> „Bürokratieabbau: Radikal entrümpeln, Genehmigungen beschleunigen"
> `FDP NRW 2022: 'Nie gab es mehr zu tun'`

PARTEIPROGRAMM

7/10

FDP-Grundsatzprogramm betont 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q3) und 'freie Marktwirtschaft' (Q4). Der Antrag folgt dieser Logik konsequent, allerdings ohne den FDP-Fokus auf Bürgerrechte und Datenschutz zu adressieren — daher hohe, aber keine vollständige Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem AfD-Wahlprogramm abgeleitet: Kritik an 'ideologischer Politik' (Q5), Fokus auf Bürokratieabbau (Q7, Q8), Ablehnung von 'ideologisch begründeten Ausgaben' (Q5), und Betonung der 'Sozialen Marktwirtschaft' (Q1). Die Diagnose von 'politischen Fehlsteuerungen' als Ursache psychischer Belastung ist zentraler AfD-Diskurs.

> „Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben"
> AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 41

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das AfD-Grundsatzprogramm fordert 'Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien' (Q7) und kritisiert 'ideologische' Eingriffe (Q5). Der Antrag übernimmt diese Formulierungen nahezu wörtlich und verbindet sie mit dem Ziel, 'die wirtschaftliche und soziale Stabilität' (Q11) zu sichern — volle Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Statt die Ursachen dieser Entwicklung konsequent zu analysieren und zu beseitigen, beschränkt sich die Landesregierung bislang auf punktuelle Programme, Modellversuche und öffentlichkeitswirksame Initiativen.

> Statt die Ursachen dieser Entwicklung konsequent zu analysieren und zu beseitigen, beschränkt sich die Landesregierung bislang auf punktuelle Programme, Modellversuche und öffentlichkeitswirksame Initiativen — ohne die strukturellen Ursachen wie prekäre Beschäftigung, Lohnungleichheit und fehlende Mitbestimmung anzugehen.

Begründung: Ergänzt den Antrag um GWÖ-kompatible Analyseebenen (D4 Soziale Gerechtigkeit, D2 Solidarität) und vermeidet die einseitige Schuldzuweisung an 'Politik'.

Vorschlag 2 von 3

Original: präventive Ansätze zur Stärkung der psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt zu fördern, ohne neue verpflichtende Programme oder zusätzliche Berichtspflichten einzuführen;

> präventive Ansätze zur Stärkung der psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt zu fördern, insbesondere durch Stärkung von Betriebsräten, Tarifbindung und betrieblichen Gesundheitsmanagementsystemen, ohne neue verpflichtende Programme oder zusätzliche Berichtspflichten einzuführen;

Begründung: Verankert Prävention in kollektiven, demokratischen Strukturen (C3 Transparenz & Mitbestimmung, D2 Solidarität) statt in individueller Verantwortung.

Vorschlag 3 von 3

Original: dass arbeitsbedingte psychische Belastungen in erheblichem Maße auch Folge politischer Rahmenbedingungen sind, insbesondere durch zunehmende Bürokratie, Arbeitsverdichtung und ideologisch motivierte Regulierungen;

> dass arbeitsbedingte psychische Belastungen in erheblichem Maße auch Folge politischer Rahmenbedingungen sind, insbesondere durch fehlende gesetzliche Mindeststandards, schwache Mitbestimmungsrechte und unzureichende soziale Absicherung, sowie durch zunehmende Bürokratie und Arbeitsverdichtung;

Begründung: Ersetzt den ideologischen Begriff 'ideologisch motivierte Regulierungen' durch konkrete, GWÖ-kompatible strukturelle Defizite (D1 Menschenwürde, D4 Soziale Gerechtigkeit).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

> **Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs** — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-119

Ja: AfD **Nein:** CDU FDP GRÜNE SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/18089

Gesundheitliche Überlastung der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen beend·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/18089**

10.03.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Gesundheitliche Überlastung der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen beenden – psychische Erkrankungen als Folge politischer Fehlsteuerung wirksam bekämpfen

I. Ausgangslage

Die Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen steht seit Jahren unter einem zunehmenden Belastungsdruck, der sich in stetig steigenden Krankheitszahlen und insbesondere einem drastischen Anstieg psychischer Erkrankungen widerspiegelt. Depressionen, Angststörungen, stressbedingte Erschöpfungssyndrome und Burn-out-Erkrankungen gehören inzwischen zu den häufigsten Ursachen für langfristige Arbeitsunfähigkeit. Diese Entwicklung stellt nicht nur ein individuelles Leid für die Betroffenen dar, sondern entwickelt sich zunehmend zu einem strukturellen Problem mit erheblichen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen.

Psychische Erkrankungen führen zu langen Ausfallzeiten, sinkender Produktivität, frühzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sowie steigenden Kosten für Sozial- und Gesundheitssysteme. Gleichzeitig verschärfen sie den bereits bestehenden Fachkräftemangel und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen nachhaltig. Eine Politik, die diese Entwicklung ignoriert oder lediglich mit symbolischen Einzelmaßnahmen reagiert, wird ihrer Verantwortung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung nicht gerecht.

Arbeit ist mehr als ein rein ökonomischer Faktor. Sie ist Grundlage von Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und individueller Selbstverwirklichung. Staatliche Rahmenbedingungen müssen daher so ausgestaltet sein, dass sie Arbeit ermöglichen und fördern, nicht jedoch durch Überforderung, Unsicherheit und permanente Umstrukturierungen krank machen. Die derzeitige Entwicklung zeigt jedoch, dass politische Entscheidungen zunehmend selbst zu einem Belastungsfaktor in der Arbeitswelt geworden sind.

Insbesondere die fortschreitende Bürokratisierung, stetig wachsende Dokumentations- und Berichtspflichten sowie immer neue regulatorische Vorgaben führen zu einer spürbaren Arbeitsverdichtung. Beschäftigte sehen sich gezwungen, immer mehr Zeit für administrative Tätigkeiten aufzuwenden, während die eigentliche fachliche Arbeit zunehmend unter Zeitdruck gerät. Diese Entwicklung trifft nicht nur große Konzerne, sondern vor allem kleine und mittlere Unternehmen, den Handwerkssektor sowie Familienbetriebe, die weder über spezialisierte Verwaltungsabteilungen noch über ausreichende personelle Puffer verfügen.

Datum des Originals: 10.03.2026/Ausgegeben: 11.03.2026

Hinzu kommt eine zunehmende politische Ideologisierung der Arbeitswelt. Unter dem Vorwand gesellschaftlicher Transformationsprozesse werden Betriebe und Beschäftigte mit wechselnden Zielvorgaben, kurzfristigen politischen Schwerpunktsetzungen und ständig neuen Anpassungserfordernissen konfrontiert. Diese Politik erzeugt Unsicherheit, Planungsunfähigkeit und ein dauerhaftes Gefühl von Überforderung, das sich unmittelbar auf die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer auswirkt.

Besonders deutlich zeigen sich diese Fehlentwicklungen in Bereichen wie Pflege, Bildung, öffentlicher Verwaltung und Handwerk. Dort treffen hohe Verantwortung, Personalmangel und steigende Anforderungen auf immer neue politische Vorgaben und Kontrollmechanismen. Die Folge ist eine chronische Überlastung der Beschäftigten, die sich zunehmend in Krankmeldungen, innerer Kündigung und frühzeitigem Ausscheiden aus dem Berufsleben niederschlägt.

Statt die Ursachen dieser Entwicklung konsequent zu analysieren und zu beseitigen, beschränkt sich die Landesregierung bislang auf punktuelle Programme, Modellversuche und öffentlichkeitswirksame Initiativen. Diese Maßnahmen greifen jedoch zu kurz, da sie die strukturellen Belastungsfaktoren unangetastet lassen und häufig sogar neue Bürokratie erzeugen. Prävention wird so zur Worthülse, während die Arbeitsrealität der Menschen im Land weiter aus dem Blick gerät.

Eine verantwortungsvolle Arbeits- und Gesundheitspolitik muss an den tatsächlichen Ursachen psychischer Belastungen ansetzen. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, der Abbau unnötiger Bürokratie, politische Zurückhaltung bei immer neuen Reformen sowie eine klare Fokussierung auf die Belastungsgrenzen von Beschäftigten und Betrieben. Ohne eine grundlegende Kurskorrektur wird sich die gesundheitliche Situation in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalens weiter verschärfen.

II. Der Landtag stellt fest,

1. dass die Zahl psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalens in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist und ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem darstellt;
2. dass arbeitsbedingte psychische Belastungen in erheblichem Maße auch Folge politischer Rahmenbedingungen sind, insbesondere durch zunehmende Bürokratie, Arbeitsverdichtung und ideologisch motivierte Regulierungen;
3. dass sich die bisherige Politik der Landesregierung auf Einzelmaßnahmen ohne nachhaltige Wirkung beschränkt und eine umfassende Ursachenbekämpfung vernachlässigt;
4. dass Mittelstand, Handwerk, Pflege, Bildung und öffentliche Verwaltung von diesen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen sind.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen umfassenden Bericht über die Entwicklung arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen, der Ursachen, branchenspezifische Belastungen und volkswirtschaftliche Folgekosten transparent darstellt;
2. die Auswirkungen landespolitischer Regelungen auf Arbeitsverdichtung, Bürokratieaufwand und psychische Belastungen systematisch zu überprüfen und öffentlich darzulegen;
3. konkrete und messbare Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Belastungen für Beschäftigte und Betriebe umzusetzen;

4. präventive Ansätze zur Stärkung der psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt zu fördern, ohne neue verpflichtende Programme oder zusätzliche Berichtspflichten einzuführen;
5. bei zukünftigen arbeits- und wirtschaftspolitischen Vorhaben eine verbindliche Belastungs- und Praxistauglichkeitsprüfung vorzunehmen, um gesundheitliche Überforderungen von Arbeitnehmern zu vermeiden.

Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion